

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

<b>Beginn der Sitzung:</b>	20.00 Uhr
<b>Vorsitz:</b>	Hogg Werner, Präsident
<b>Protokoll:</b>	Müller Daniel, Sekretär
<b>Stimmzähler:</b>	Larcher Adrian Wiederkehr Irene Wittwer Stephan
<b>Anwesend:</b>	36 Mitglieder
<b>Abwesend:</b>	
<b>Behördenvertreter:</b>	Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident Brunner Roger, Stadtrat Felber Johannes, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Schaeren Rolf, Stadtrat Tonini Esther, Stadträtin Buchli Gaudenz, Schulpräsident
<b>Weibeldienst:</b>	Gfr Markus Burri

## Mitteilungen

- a) Die Firma Halter-Entwicklungen lädt den Gemeinderat zu einer Besichtigung der Baustelle im Limmatfeld ein. Der Anlass ist am 10. Juni 2010 von 17.00 - 19.00 Uhr, mit anschliessendem Apéro vorgesehen. Um abschätzen zu können, wie viele Gemeinderäte teilnehmen können, erfolgt noch eine Anfrage per Mail.
- b) Die provisorisch vorgesehene Gemeinderatssitzung vom 17. Juni 2010 entfällt. Die übernächste ordentliche Sitzung findet demnach am 1. Juli 2010 statt.

## Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom 8. April 2010 wurden keine Berichtigungsanträge eingereicht.

## Traktandenliste

Es werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

## **GV4.321.9. Traktandenlisten, Einladungen, Termine**

### **Fragestunde**

Der Vorsitzende ersucht die Ratsmitglieder, die eingereichten Fragen kurz zu stellen. Es sind keine feststellenden Bemerkungen, sondern lediglich Fragen erlaubt. Direkt im Anschluss wird der jeweilige Abteilungsvorstand die Frage mündlich beantworten. Gemäss Geschäftsordnung besteht nach jeder Antwort Gelegenheit zur Diskussion, an der auch Zusatzfragen gestellt werden können. Die Redezeit ist dabei auf fünf Minuten beschränkt.

#### Schiessstand Unterengstringen

Lucas Neff (Grüne) stellt die Frage:

Der Schiessstand von Unterengstringen grenzt an Dietikon. Durch den spitzen Winkel der Schussrichtung zur Strasse ist er gegen Trottoire und Veloweg bei Schiessbetrieb absolut offen und sind damit Personen dem Schiesslärm ganz direkt ausgesetzt. Wie ist der Immissionsgrenzwert der Lärmbelastung auf öffentlichem Grund? Kann davon ausgegangen werden, dass dieser Grenzwert vor Ort eingehalten wird? Ist der Stadtrat bereit, mit der Gemeinde Unterengstringen Kontakt aufzunehmen, damit der wahrscheinlich vor Ort vorhandene Missstand behoben wird?

*Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass im Anhang 7 der Lärmschutzverordnung (LSV) Grenzwerte und Berechnungsgrundlagen für die massgeblichen Belastungswerte festgelegt werden. In der Empfindlichkeitsstufe IV (Zonen, in denen stark störende Betriebe zugelassen sind, namentlich in Industriezonen) liegt der Immissionsgrenzwert bei 70 Lr in dB(A).

Gemäss Angaben der kantonalen Fachstelle Lärmschutz ist die Sanierung aller 300m-Anlagen im Kanton Zürich abgeschlossen. Daher kann davon ausgegangen werden, dass die Schiessanlage Unterengstringen die Grenzwerte einhält. Aufgrund der Sachlage ergibt sich kein direkter Handlungsbedarf.

*Lucas Neff* ist mit der Antwort nicht ganz zufrieden. Die konkret vorhandenen Werte könnten in dB(A) ausgedrückt werden.

*Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass der Grenzwert bei 70 db(A) liegt, welcher vor Ort eingehalten ist.

*Lucas Neff* bezweifelt diese Aussage. Der Schiesslärm beträgt mind. 100 db(A).

*Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi* stellt fest, dass die vorhandenen Werte regelmässig ermittelt werden.

#### Auto-Occasions-Händler

Lucas Neff (Grüne) stellt die Frage:

In den Wohnzonen von Dietikon gibt es an verschiedenen Orten Auto-Occasions-Händler und Autoabstellplätze, z.B. an der Bernstrasse und Guggenbühlstrasse (Parkplatz mit schrottreifen Autos). Wie ist die Haltung des Stadtrates gegenüber diesen – meiner Meinung nach hässlichen – Unorten? Gibt es eine Möglichkeit, diese nicht in eine Wohnzone passenden Betriebe aufzuheben?

*Hochbauvorsteherin Esther Tonini* antwortet, dass die beiden Occasionsstellplätze an der Bernstrasse 358 und 361 seit 1984 resp. 1986 baurechtlich bewilligt sind: Die Tamoil-Tankstelle (bis 1991 Gatoil) besteht seit 1965 und hat 1966 einen Garagenanbau erhalten. Derjenige auf der gegenüber liegenden Strassenseite besteht mindestens seit 1984. Beide Stellplätze liegen in der Wohnzone

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

W2/30. Während ersterer grösstenteils im 30m-Bereich liegt, in welchem mässig störendes Gewerbe gemäss Zonenplan zulässig ist, gilt das für die gegenüberliegende Strassenseite nicht. Der dritte Standort liegt vor dem ehemaligen Restaurant Herweg in der WG3/65 (Wohnzone mit Gewerbe-erleichterung), wo solche Betriebe ohne weiteres zulässig sind. Der Betrieb beim Herweg verfügt allerdings nicht über eine baurechtliche Bewilligung. Die Parkplätze werden als Zwischennutzung bis zum Umbau der dahinter liegenden Liegenschaft vorläufig geduldet.

Beim Zaugg-Parkplatz an der Guggenbühlstrasse handelt es sich um einen Privatplatz mit vermieteten Parkfeldern. Solange dort abgestellte Fahrzeuge betriebstüchtig sind und somit nicht unter das Abfallgesetz fallen und solange kein Handel mit Fahrzeugen betrieben wird, ist gegen das Abstellen, auch älterer Fahrzeuge, baurechtlich nichts einzuwenden.

Eine baurechtliche Möglichkeit gegen diese Stellplätze vorzugehen, besteht nach Ansicht des Stadtrates nicht.

*Lucas Neff* erkundigt sich nach der Haltung des Stadtrates in dieser Angelegenheit.

*Hochbauvorsteherin Esther Tonini* erklärt, dass man bezüglich des bestehenden Zustandes keine Freude hat. Die Angelegenheit wird weiterhin beobachtet.

*Lucas Neff* stellt weiter fest, dass die Stadt beim ehemaligen Asylheim Grundeigentümerin ist. Hier besteht eine ähnliche Situation wie an der Bernstrasse oder Guggenbühlstrasse. Ist die Stadt bereit, den Zustand dort zu verbessern?

*Hochbauvorsteherin Esther Tonini* kann sich im Moment dazu nicht äussern.

## Limmattalspital

Jörg Dätwyler (SVP) stellt die Frage:

Mit welchen Konsequenzen auf den Finanzplan ist durch den Projektierungsstop beim Limmattalspital zu rechnen?

*Finanzvorstand Rolf Schaeren* antwortet, dass einem Bericht des Tagesanzeigers diese Woche die Situation beim Spital Limmattal entnommen werden konnte. Ein grosses Vorhaben ist geplant, das in der ursprünglich vorgesehenen Form jedoch nicht realisiert werden kann. Das Projekt ist überarbeitet worden. Im Finanzplan von Dietikon ist jährlich über 1 Mio. Franken vorgesehen. Der Betrag wird in dieser Höhe wohl nicht anfallen. Wie hoch die Ausgaben letztlich sein werden, ist noch nicht bekannt. Nach der Projektüberarbeitung werden die Investitionsbeiträge für Dietikon möglicherweise ändern. Für die Realisierung ist mit einer Verzögerung von mindestens drei Jahren zu rechnen.

## Golfplatz Herrenberg

Ernst Joss (AL) stellt die Frage:

Wurde der Stadtrat von Bergdietikon betreffend Golfplatz Herrenberg konsultiert? Wenn ja, wie war seine Stellungnahme?

*Tiefbauvorstand Otto Müller* antwortet, dass der Stadtrat im Sinne des Baurechts nie angefragt oder konsultiert worden ist. Im März 2010 hat er erstmals ein Schreiben des Gemeinderates Bergdietikon erhalten. Über die Teilrevision der Nutzungsplanung wird in Bergdietikon an der Gemeindever-

## 3. Sitzung vom 20. Mai 2010

sammlung im Juni entschieden. Im Juni findet auch das jährliche Grenzsteintreffen zwischen dem Gemeinderat Bergdietikon und dem Stadtrat Dietikon statt. Die Thematik des Golfplatzes ist traktandiert.

*Ernst Joss* meint, dass *Adrian Larcher* an einer letzten Sitzung eine Interpellation zum Thema eingereicht hat. Diese wird wohl erst nach Juni 2010 beantwortet. Aus diesem Grund wurde heute die Frage von *Ernst Joss* gestellt. Der Stadtrat wird gebeten, sich gegen den Golfplatz zu wehren. *Ernst Joss* wird ein Postulat einreichen, welches im Juni - also noch vor der Gemeindeversammlung in Bergdietikon - im Gemeinderat behandelt werden sollte.

### Sammelstelle Zelgliplatz

*Ernst Joss* (AL) stellt die Frage:

Warum können in der Sammelstelle beim Zelgliplatz nicht einmal gut erhaltene Bücher mitgenommen werden? Wie oft musste in der letzten Zeit die Mitnahme gut erhaltener Gegenstände verweigert werden?

*Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass es sich bei der Hauptsammelstelle Zegli um eine Entsorgungsstelle und keine Bring- und Hol-Anlage handelt. Bis Mitte des vergangenen Jahres wurde toleriert, dass gute und brauchbare Gegenstände zur Ansicht und Mitnahme an den Muldenrand gestellt werden konnten. Nachdem aber vermehrt Verunreinigungen durch herumstehende Gegenstände und gar Streitereien und Diskussionen zwischen Entsorgenden und Interessenten für Gebrauchsgegenstände entstanden sind, hat der Werkhof dieses Angebot einstellen müssen. Dazu hat der Stadtrat bereits in seinem Postulatsbericht vom 23. Juni 2008 ausführlich Stellung genommen.

Eine Anlaufstelle für noch "Brauchbares" betreibt das Atelier 23, welches Gegenstände zur Weitervermittlung anbietet. Unter anderem können dort auch Bücher erworben werden, wie am wöchentlichen Flohmarkt zwischen Bahnhof und Kirchplatz. Zudem gibt es an der Oberen Reppischstrasse seit Jahren ein Buchantiquariat.

### Bezirksgefängnis

*Ernst Joss* (AL) stellt die Frage:

Weiss der Stadtrat, warum das Bezirksgefängnis in Dietikon von unserer Bevölkerung auch vor Inbetriebnahme nicht besichtigt werden konnte?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass am 12. Juni 2010 ein Tag der offenen Türe stattfinden wird, zu dem der Kanton die Bevölkerung einlädt. Besichtigt werden kann die Verwaltung, nicht das Gefängnis. Ein Tag der offenen Türe ist für ein Gefängnis, das dann im Betrieb sein wird, weniger geeignet. Die Aspekte der Sicherheit haben Vorrang. Im Vorfeld war eine Besichtigung nicht möglich, weil immer noch Bauarbeiten durchgeführt wurden, insbesondere die Installation der technischen Einrichtungen. Der Direktor der Zürcher Gefängnisse hat dem Stadtpräsidenten zugesichert, dass interessierte Gruppen (wie Parteien usw.) auf Anmeldung das Gefängnis auch während des Betriebes besuchen können.

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

## SBB-Nacharbeiten

Cécile Mounoud (CVP) stellt die Frage:

Braucht die SBB eine Bewilligung der Stadt für die Nacharbeiten an den Gleisen, falls ja unter welchen Voraussetzungen wird sie erteilt?

*Hochbauvorsteherin Esther Tonini* antwortet, dass die Schweizerischen Bundesbahnen dem Eisenbahnrecht (EBG) unterstehen. Die Erstellung, Änderung und auch der Unterhalt von Bauten und Anlagen, welche überwiegend dem Betrieb der Eisenbahn (inkl. Gleisanlagen) dienen, benötigen keine kantonalen oder kommunalen Bewilligungen. Dies gilt auch für Nacharbeiten an diesen Bauten und Anlagen.

## Hortplätze Schule

Catherine Peer (SP) stellt die Frage:

Hat die Schule Dietikon genügend Hortplätze, für alle Kinder, die dieses Betreuungsangebot benötigen? Wenn nein, gibt es eine Warteliste und was gedenkt die Stadt zu unternehmen, damit alle Kinder einen Platz bekommen?

*Schulpräsident Gaudenz Buchli* antwortet, dass die Schule zu wenig solcher Plätze hat. Die Schulverwaltung führt eine zentrale Warteliste. Da über die Hälfte der Kinder auf der Warteliste für das Schuljahr 2010/2011 angemeldet sind und die Kündigungsfrist für einen Hortplatz 30 Tage beträgt, können auf Ende Schuljahr 2009/2010 noch Kündigungen eingehen. Im Moment sind 31 Kinder auf der Warteliste, die grösste Nachfrage besteht für das Modul Mittagstisch. Die neu gewählte Schulpflege wird sich mit dieser Problematik auseinandersetzen.

*Catherine Peer* erkundigt sich nochmals, ob die Kinder, welche auf der Warteliste aufgeführt sind, letztlich wirklich keinen Platz im Angebot erhalten werden.

*Schulpräsident Gaudenz Buchli* bestätigt, dass es deswegen eine Warteliste gibt.

## Mattioli-Skulptur Bahnhof

Catherine Peer (SP) stellt die Frage:

An der Mattioli-Skulptur beim Bahnhof verblasen die leuchtenden Farben und die Rostflecken werden immer grösser. Ist es möglich, die Skulptur zu renovieren?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass sich die Skulptur, welche im Eigentum der Stadt ist, auf dem Areal der SBB befindet. Anlässlich der Ausstellung Eisen 89 ist sie aufgestellt worden. Der Gemeinderat (bürgerliche Abteilung) hat sie dannzumal für Fr. 200'000 gekauft. Tatsächlich ist die Zeit nicht spurlos an ihr vorbeigegangen. Der Stadtrat wird mit dem Künstler, Silvio Mattioli, der noch lebt, Kontakt aufnehmen und Möglichkeiten einer Sanierung prüfen. Eine Instandstellung nimmt wohl einen grösseren Umfang ein und muss budgetiert werden.

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

## Bahnhofunterführung

Catherine Peer (SP) stellt die Frage:

Kann die dunkle und triste Bahnhofunterführung heller und sicherer gestaltet werden oder ist das im Zuge des Bahnhofumbaus schon geplant?

*Hochbauvorsteherin Esther Tonini* antwortet, dass im Vorfeld der Baueingabe zum Umbau des Bahnhofsgebäudes, welcher vor allem das Erdgeschoss betreffen soll, eine bauliche Umgestaltung der Unterführung nicht thematisiert wurde.

Der genaue Umfang der vorgesehenen Massnahmen ist noch nicht bekannt, da noch kein Bau-gesuch eingereicht worden ist. Die Hochbauabteilung hat im Zusammenhang mit der geplanten Konzentration der Billettautomaten im oberirdischen Durchgangsbereich und dem damit ver-bundenen Entfernen des Automaten in der Unterführung, bei den Planern darauf hingewiesen, dass ein Auffrischen der Bahnhofsunterführung geprüft werden soll. Ob die als trist empfundene unter-irdische Passage durch ein Aufhellen sicherer würde, oder ob es baulicher Massnahmen (z.B. mehr Licht) bedarf, um die Sicherheit zu verbessern, ist schwer abzuschätzen.

## Sponsorenbeitrag Jugendsession

Nicole Vurma (Jugendparlament) stellt die Frage:

Das JuPa Dietikon plant im Jahr 2010 / 2011 eine zweitägige Jugendsession im Kanton Zürich. Ist die Stadt Dietikon bereit, das Projekt finanziell mit einem Sponsoringbeitrag in der Höhe von Fr. 5'000 zu unterstützen?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass es den Stadtrat freut, wenn das Jugendparlament Dietikon aktiv ist und er unterstützt die Durchführung einer Jugendsession. Wenn der Stadtrat noch etwas mehr Informationen erhält, wird er auch die Finanzierung ermöglichen, allenfalls zusammen mit der Stiftung Jugendförderung.

## Vorentwurf Integrationsgesetz

Roger Bachmann (SVP) stellt die Frage:

Hat sich der Stadtrat zum Vorentwurf des Integrationsgesetzes (InteG) vom 19. Februar 2010 eben-falls vernehmen lassen und wie ist seine Haltung dazu? Kann man bereits abschätzen, welche organisatorische und finanzielle Konsequenzen er in der vorliegenden Form hätte, weil der Kanton einmal mehr Kosten an die Gemeinden überwälzen will?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass sich der Stadtrat am vergangenen Montag mit dem Vor-entwurf beschäftigt hat und eine Stellungnahme verabschiedete. Grundsätzlich sieht er einzelne positive Aspekte wie Integrationspflicht der Migranten, Pflicht zum Erwerb der deutschen Sprache usw. Das Gesetz bringt allerdings Mehraufwand für die Gemeinden (mit allen zugezogenen Migranten/innen müssen die Einwohnerkontrollen Erstgespräche führen). Mit Personen, bei denen Integrationsdefizite vermutet wird, können Vereinbarungen abgeschlossen werden (sogenannte Zielvereinbarungen). Aus Sicht des Stadtrates macht das Integrationsgesetz nur Sinn, wenn das Nicht-einhalten der Vorschriften auch Folgen hat, z.B. der Verlust der Aufenthaltsbewilligung. Der Mehr-aufwand muss wohl finanziell zum grossen Teil von den Gemeinden übernommen werden. In einer

## 3. Sitzung vom 20. Mai 2010

Gesamtwürdigung lehnt der Stadtrat den vorliegenden Entwurf ab und erwartet eine Überarbeitung, sodass das Gesetz griffiger ist und die Gemeinden nicht zusätzlich finanziell belastet werden.

### Datum Kommunalwahlen

Peter Wettler (SP) stellt die Frage:

Warum hat man sich für die Kommunalwahlen für den 31. Januar und nicht für den 7. März entschieden?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass der Stadtrat das Datum in Absprache mit der Stadt Schlieren festsetzt und man hat sich für den 31. Januar entschieden hat. Im Februar stand kein Termin zur Verfügung, bei dem der Kanton das Abstimmungsprogramm WABSTI und den Support dazu den Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt hätte. Das ist jedoch eine wichtige Voraussetzung bei Proporzahlen. Am 7. März wäre ein mögliches Alternativdatum gewesen, allerdings war dieser Tag als eidgenössischer Abstimmungstag und für die Wahlen in die Kirchpflege geplant. Eidgenössische und kantonale Vorlagen und Kirchenpflegewahlen hätten die Kapazitäten des Wahlbüros überstiegen. Hinzu kommt, dass die Parteien für die Suche nach Kandidaten in die Schulpflege sehr wenig Zeit gehabt hätten.

*Peter Wettler* meint, dass am 7. März die Stimmbeteiligung höher gewesen wäre, weil dann auch noch andere Abstimmungen stattfanden.

### Integration Stimmberechtigte in örtliche Politik

Peter Wettler (SP) stellt die Frage:

Ist der Stadtrat zufrieden mit der Stimmbeteiligung an den Kommunalwahlen? Was können Parteien und Behörden tun, um die Integration der Stimmberechtigten in die örtliche Politik zu verbessern und das Interesse an kommunalpolitischen Fragen zu vergrössern?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass der Stadtrat über die tiefe Beteiligung überrascht und nicht zufrieden war. Die Gründe der tiefen Stimmbeteiligung zu erfahren ist schwierig. Wie kann das Interesse geweckt werden? Mehr persönliche, direkte Betroffenheit der Stimmberechtigten wäre nötig, ausgelöst durch Informationen (Veranstaltungen, Parteien, Medienarbeit, ev. Hinweistafeln "Abstimmungswochenende"). Im November war bei einer eidgenössischen Abstimmung eine hohe Stimmbeteiligung festzustellen. Allenfalls kann man wie früher Tafeln aufstellen, die auf Abstimmungen und Wahlen hinweisen.

### Lebensqualität

Peter Wettler (SP) stellt die Frage:

Kann irgendwie gemessen werden, wie sich die Lebensqualität der Stadt seit der Einführung des Claims "Wirtschaftstandort mit Lebensqualität" verbessert hat?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass der Claim allein keine Lebensqualität ausmacht. Letztlich stellt sich die Frage: Was ist die Definition von Lebensqualität? Ruhe, Nähe zum Arbeitsort, Kultur, Mobilität, Arbeit, usw. Jede Person setzt die Akzente anders. Die Lebensqualität ist auch kaum

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

messbar. Nicht der Claim ist entscheidend, sondern realisierte Massnahmen als Puzzlesteine in einem Gesamtwerk, das zur verbesserten Lebensqualität beiträgt. Vom Stadt- und Gemeinderat ist vieles umgesetzt worden. Dazu gehören z.B. kulturelle Anlässe, Schulungsmöglichkeiten, Verkehrsberuhigung, Gestaltung von öffentlichen Räumen, Steigerung der Attraktivität der Erholungsräume usw.

*Peter Wettler* meint, dass eine derartige Antwort zu befürchten war. Man sollte den Claim ändern. Er ist konkret wenig aussagekräftig. Lebensqualität ist ein Wort, wie beispielsweise Biomasse. Es ist also eine Art Etikettenschwindel.

## Stadtmarketing / Standortförderung

Peter Wettler (SP) stellt die Frage:

Gibt es neben quantitativen Angaben auch qualitative Ergebnisse dafür, was die Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung für das Ansehen der Stadt und die Steuereinnahmen von Dietikon gebracht hat? Gibt es auch Angaben zum qualitativen und quantitativen Erfolg der Standortförderung Limmattal, an die Dietikon mitbezahlt?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass die Steuereinnahmen in den letzten 4 - 5 Jahren stetig gestiegen und zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind. Ausserdem entstand in einem diversifizierten Bereich neuer attraktiver Wohnraum. Das Image lässt sich kaum definieren und messen. Teure wissenschaftliche Erhebungen könnten Anhaltspunkte liefern. Allerdings sind solche Aussagen, ähnlich wie Stadtrankings, mit Vorsicht zu interpretieren. Der Stadtrat verfolgt eine verstärkte Kommunikation von Stadtentwicklungsprojekten. Die nächste Ausgabe der "Bilanz" enthält ein neues Städte-Ranking. Ein Vorabzug zeigt, dass die Ergebnisse für Dietikon sehr interessant sind.

Das Stadtmarketing und die Wirtschaftsförderung finden Niederschlag in den Medien und wirken sich positiv aufs Image aus. Der Tageanzeiger schreibt zum Limmattal: "In Dietikon entsteht ein Stück Berlin". Die Krone-Eröffnung war in allen Medien präsent, mit überregionaler zum Teil nationaler Ausstrahlung. Radio Zürisee berichtete ein Woche lang über Dietikon. Die professionelle neue Homepage findet Beachtung. Ein Imagewandel braucht jedoch viel Zeit und positive Botschafterinnen und Botschafter. Die Weichen sind richtig gestellt.

Die Standortförderung Limmattal befasst sich mit der Region. Die erfolgreiche Ansiedlung einer internationalen Schule in Schlieren, der tatkräftige Einsatz für eine Überdachung des Einschnittes beim Gubrist, die Groupe de réflexion, Messeauftritte, Publikationen, Online-Umfragen im letzten Jahr zur Befindlichkeit der Limmattaler sind Themen der letzten Zeit. Die Homepage der Standortförderung hat sich als Nachrichtenportal im Limmattal etabliert.

*Peter Wettler* entgegnet, dass der Umbau der Krone nicht der Standortförderung und dem Stadtmarketing zugeschoben werden kann. Überhaupt werden mit den Aussagen des Stadtpräsidenten die Aktivitäten von Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung ein wenig schöngeredet. Henri Ford hat schon gesagt: Die Hälfte der Gelder, die man ausgibt, ist zum Fenster hinausgeworfen. Man weiss nur nicht welche Hälfte.

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

## WC Spülung in öffentlichen Gebäuden

Peter Wettler (SP) stellt die Frage:

Kann die Werkabteilung den jährlichen Wasserbedarf für die Spülung der WC's in öffentlichen Gebäuden (Stadthaus, Schulhaus, Öffentliche WC's usw.) einigermaßen abschätzen?

*Der ehemalige Infrastrukturvorstand Jean-Pierre Balbiani* antwortet, dass sich der jährliche Wasserbedarf nicht abschätzen lässt. Es liegen keine Messungen vor und die Benutzer-Frequenzen sind nicht bekannt. Man müsste konkrete Zähler anbringen. Das Verhalten der Benutzer ist nicht abzuschätzen.

*Peter Wettler* stellt fest, dass es immerhin 10 Liter Trinkwasser sind, die mit einem Spülvorgang zu Dreckwasser verarbeitet werden. In Anbetracht der weltweiten Wasserknappheit würde es sich lohnen, sich darüber Gedanken zu machen.

*Der ehemalige Infrastrukturvorstand Jean-Pierre Balbiani* stellt fest, dass die Reinigung in der Kläranlage ohnehin erfolgt, ob es sich um Regenwasser oder Trinkwasser handelt. Die Reinigung des Wassers in der Kläranlage benötigt ausserdem Strom.

## Westumfahrung

Irene Wiederkehr (SVP) stellt die Frage:

Was unternimmt der SR gegen das seit der Eröffnung der Westumfahrung täglich herrschende Verkehrschaos in unserer Stadt?

*Tiefbauvorstand Otto Müller* antwortet, dass sich die Verkehrsmengen (gemessen durch automatischen Verkehrszählungen der Kantonspolizei) seit der Eröffnung der Westumfahrung nicht grundlegend verändert haben. Bei einem Stau am Gubrist ist ein Ausweichen auf das kommunale Strassennetz je nach Tageszeit beobachtbar. Festzustellen ist aber auch, dass nur ca. 25 % reiner Durchgangsverkehr darstellt. Ausserdem hat der Rückbau der Durchfahrtskapazität durch Schlieren negative Auswirkungen auf den Knoten Schönenwerd. Der Bau der Engstringerkreuzung belastet zeitweise die Überlandstrasse im Bereich Fahrweid. Der Stadtrat will das Ausweichen in die Wohnquartiere mit lokalen Massnahmen (Schützenstrasse, Birmensdorferstrasse, Tempo 30 Zonen) einschränken. So soll die Attraktivität verringert werden. Der Kanton plant regionale Verkehrssteuerungsmassnahmen mit einer Optimierung der Lichtsignalanlagen. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern von Kanton, Bund und Stadt Dietikon hat im Raume Silbern Lösungen aufgezeigt, die realisierbar wären. Die Studie Zentrumsentlastung zeigt Varianten auf. Darüber wird der Stadtrat in der laufenden Legislatur befinden.

## Parkplätze Badstrasse

Irene Wiederkehr (SVP) stellt die Frage:

Wer ist für die Erstellung der 3 Parkplätze an der Badstrasse bei den Parkverbotstafeln mit Anwohner-Ausfahrt verantwortlich und wann werden diese gefährlichen Behinderungen wieder entfernt?

*Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass der Stadtrat verantwortlich ist. Die markierten Parkplätze an der Badstrasse entsprechen den strassenverkehrsrechtlichen Be-

## 3. Sitzung vom 20. Mai 2010

stimmungen. Im Sinne eines Kompromisses und in Absprache mit der Kantonspolizei werden die Anzahl Parkplätze von drei auf zwei verringert und gleichzeitig die Parkverbotstafeln entfernt.

### Ergänzungsleistungen

Irene Wiederkehr (SVP) stellt die Frage:

Was ist der Grund, dass Anträge auf Ergänzungsleistung mehrere Monate nicht beantwortet werden und was gedenkt der SR dagegen zu unternehmen?

*Sozialvorstand Johannes Felber* antwortet, dass Ende 2008 eine Person, die sehr effizient arbeitete, die Stadtverwaltung verlassen hat. Die nachfolgend eingestellte Person konnte sie nicht ersetzen, was per 30. April 2010 zur Trennung und zu einem nächsten Personalwechsel führte. Zur Zeit werden die dadurch entstandenen Pendenzen durch eine Fachfrau (Springerin) aufgearbeitet. Parallel dazu laufen Abklärungen, die aufzeigen sollen, ob vorliegend ein Problem des Arbeitsvolumens oder ein strukturelles Problem vorliegt.

### Sammelstellen

Thomas Wirth (EVP) stellt die Frage:

Kann sich der Stadtrat eine Kennzeichnung an den Sammelstellen vorstellen, ähnlich den Informationen auf der Homepage, wo diese Detail-Infos pro Sammelstelle aufgeführt sind? Diese Massnahme kann helfen, dass weniger Abfälle rechtswidrig entsorgt und die Aufwendungen dafür entsprechend gesenkt werden können.

*Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass für die Hauptsammelstelle Zelgli und die fünf Nebensammelstellen der Grundsatz gilt, dass an den Sammelstellen nur das Material entsorgt werden darf, für welches entsprechende Sammelbehälter vorhanden sind. Wird weiteres Material entsorgt, handelt es sich um illegale Abfallentsorgung und wird vom Amt für Umwelt und Gesundheit, sofern der Täter zweifelsfrei eruiert werden kann, zur Anzeige gebracht.

Wer sich vorgängig informieren will, was an den einzelnen Sammelstellen entsorgt werden kann, findet auf der städtischen Homepage und im Abfallkalender die entsprechenden Angaben. Eine weitere Beschriftung ist nicht zweckmässig, sonst müsste das gesamte Entsorgungshandbuch auf der Tafel aufgeführt werden. An den meisten Sammelstellen herrscht eine bessere Ordnung, seit die Niederflurcontainer angebracht wurden.

### Flussbad

Samuel Spahn (Grüne) stellt die Frage:

In der vergangenen Legislatur sind die Bemühungen für ein Flussbad in der Nähe des Bahnhofs gescheitert. Gibt es an einem anderen Standort die Möglichkeit, ein solches Bad zu realisieren?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass das Projekt nicht gescheitert sonder das Ziel noch nicht erreicht ist. Grundeigentümer der Limmat ist der Kanton und im Staubereich eines Kraftwerkes ist die Sicherheit zu beachten, was den Standort für eine Flussbadi entscheidend bestimmt. Westlich der Bahn-Station Glanzenberg entsteht die Überbauung Limmatblick. Die Stadt konnte ein kleines Land-

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

stück im Westen der Überbauung erwerben. Dieses wird als geeigneter Platz für eine Flussbadi betrachtet.

## Krone

Samuel Spahn (Grüne) stellt die Frage:

Wie viele der Büro, bzw. Praxisräume in der Krone sind bereits vermietet? Wer ist die Mieterschaft?

*Finanzvorstand Rolf Schaeren* antwortet, dass bis jetzt keine Räume vermietet werden konnten. Interessenten sind vorhanden und es finden Besichtigungen statt. Vor allem Dienstleistungsunternehmen haben Interesse. Zu einem Vertragsabschluss ist es bisher noch nicht gekommen. Mit einzelnen Interessenten ist man noch in Verhandlung.

## Bodacker / Niderfeld

Samuel Spahn (Grüne) stellt die Frage:

Wie ist der Stand im Rechtsstreit mit der Migros in Sachen Bodacker/Niderfeld?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass kein Rechtsstreit besteht. Die Migros hat ein Baugesuch für ein Möbelhaus eingereicht. Basis bildete der Gestaltungsplan, der für die Firma Ikea ausgearbeitet worden war. Einer formellen Prüfung hat das eingereichte Gesuch nicht Stand gehalten. Das Gesuch ist zurückgewiesen worden und liegt nach wie vor bei der Grundeigentümerin.

Der Stadtrat plant übrigens, dem Gemeinderat die Aufhebung des Gestaltungsplanes Ikea zu beantragen, was frühestens fünf Jahre nach dessen Inkraftsetzung möglich ist. Die Zonenplanänderung ist zwei Monate aufgegeben. Es sind keine Einwendungen eingereicht worden. Im Verlauf des Sommers wird dem Gemeinderat die Aufhebung des Gestaltungsplanes vorgelegt.

## Kreisel Vidaukt/Silbernstrasse

Samuel Spahn (Grüne) stellt die Frage:

Beim Neubau des Kreisels Viadukt/Silbernstrasse ist mit grösseren Verkehrsbehinderungen zu rechnen. Was für Massnahmen sind vorgesehen, damit der Buss nicht im zu erwartenden Stau stecken bleibt?

*Tiefbauvorstand Otto Müller* antwortet, dass die Verkehrsführung mit der VBZ und der Kantonspolizei abgesprochen wurde. Es sind keine längeren Stausituationen zu erwarten. Grundsätzlich sind während der Bauzeit alle Fahrbeziehungen möglich. Die Umleitungen führen teilweise über das Areal der Coop. Es gibt keinen Verkehrsunterbruch.

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

## Bewilligungen für Reklamekörper

Ueli Bayer (FDP) stellt die Frage:

Ich möchte wissen, nach welchen Gesichtspunkten Bewilligungen (für Reklamekörper) erteilt werden und ob Standorte auch in Bezug auf die Verkehrssicherheit beurteilt werden. Falls diese Analyse durchgeführt wird, wäre es interessant zu wissen, wer diese durchführt.

*Hochbauvorsteherin Esther Tonini* antwortet, dass bei der Bewilligung von Reklameanlagen die einschlägigen Vorschriften der Verkehrssicherheit regelmässig mitberücksichtigt werden. An Kantonsstrassen wird in der Regel die Kantonspolizei miteinbezogen, an Gemeindestrassen ist es die Stadtpolizei. Bei einfachen Fällen entscheidet die Baukommission resp. die Hochbauvorsteherin ohne Einbezug der Verkehrspolizei.

Die Erfahrung aus einzelnen Rekursfällen der letzten Jahre ist, dass die Bedenken bezüglich der Verkehrssicherheit der örtlichen Baubehörde durch die Rekursinstanzen anders gewichtet werden, selbst wenn es an neuralgischen Punkten bereits zu Unfällen gekommen ist.

## Briefkasten Neumattstrasse

Esther Wyss (SVP) stellt die Frage:

Steht der Briefkasten auf dem kleinen Grünstreifen an der Neumattstrasse (vis à vis Coop Pronto) auf öffentlichem Grund? Dies führt vermehrt zu Rückstau an der Merkurstrasse. Wenn Ja, wer hat an dieser prekären Stelle die Baubewilligung erteilt?

*Hochbauvorsteherin Esther Tonini* antwortet, dass das Aufstellen eines Briefkastens keiner Baubewilligung bedarf. Die Post hat die Verlegung des Briefkastens im Rahmen der Umbaumaassnahmen und im Einverständnis mit der Hochbauabteilung vorgenommen. Der Briefkasten steht auf einem städtischen Grundstück.

## Stundenansatz Büro SWR

Max Wiederkehr (CVP) stellt die Frage:

Auf welcher vertraglichen Grundlage basieren die vom Büro SWR unserer Stadt in Rechnung gestellten Fr. 180 pro Stunde für die Leistungen eines Ingenieurs der SIA-Kategorie A? Wann wurden diese Stundenansätze das letzte Mal unter Konkurrenz neu verhandelt bzw. öffentlich ausgeschrieben?

*Tiefbauvorstand Otto Müller* antwortet, dass der Vertrag mit dem Stadtingenieurbüro aus dem Jahr 1953 die Basis für die Verrechnungen ist. Dieser wurde 2005 erneuert. Seit mit dem Ingenieurbüro SWR zusammengearbeitet wird, wurde die Leistung nie mehr ausgeschrieben. Die Stundenansätze richten sich nach den KBOB-Ansätzen, Der Ansatz "B" kommt zur Anwendung, wobei ein Rabatt von 5 % ausgehandelt worden ist, zuzüglich eines Mengenrabattes von 2 %. Inzwischen wurde im Hinblick auf das stadteneigene Planungsamt eine Änderungskündigung vorgenommen.

*Max Wiederkehr* stellt fest, dass es sich vorliegend nicht um einen Ansatz handelt, der unter Konkurrenz so hoch wäre. Seiner Ansicht nach liegen Ansätze in vergleichbaren Situationen teilweise bei Fr. 140.

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

## Vermietung Räume Krone

Stephan Wittwer (SVP) stellt die Frage:

Wie viele Räumlichkeiten in der Krone sind bis dato vermietet? Zu welchen Konditionen wurde das Restaurant sprich EG/UG/ Gewölbekeller vermietet?

*Finanzvorstand Rolf Schaeren* antwortet, dass der Vertrag, den man mit dem Wirt abgeschlossen hat, sehr umfangreich ist. Nebst den Räumlichkeiten in und um das Gebäude ist auch der Gewölbekeller Bestandteil. Es ist ein gestaffelter Mietvertrag und er ist umsatzabhängig. Schon im ersten Jahr ist der Betrag verhältnismässig hoch. Man gibt dem Wirtepaar aber auch eine Chance, dass es seine Ziele erreichen kann. Die Grundlage war ein Businessplan, den der Wirt selber erstellt hat.

## Elektrische Rollstühle AGZ

Angela Gullo (SP) stellt die Frage:

Wieviele elektrische Rollstühle stehen zur Zeit den AGZ Bewohnern zur Verfügung? Ist dieser Bestand ausreichend für die Anzahl Bewohner? Sind weitere Anschaffungen geplant?

*Finanzvorstand Rolf Schaeren* antwortet, dass zwei Rollstühle mit elektrischen Hilfsmotoren vorhanden sind. Ein drittes Mobil steht für eine weitere Person zur Verfügung. Dieses verfügt aber nicht über einen elektrischen Antrieb. Ausserdem braucht es eine Person, die den Rollstuhl lenkt. Für selbstständige Bewohnerinnen und Bewohner steht ein dreirädriges Behindertenmobil zur Verfügung. Dieser Bestand ist zur Zeit ausreichend. Im laufenden Jahr sind keine Anschaffungen geplant, ab den nächsten Jahren erfolgen sie je nach Bedarf.

## Schulsozialarbeit

Julia Neuenschwander (EVP) stellt die Frage:

Welche Auswirkungen hatte die Abschaffung der Schulsozialarbeit seit Anfang Januar auf den Schulalltag? Wurde bereits externe Unterstützung für schwierige Situationen im Schulumfeld beansprucht und eingekauft?

*Schulpräsident Gaudenz Buchli* antwortet, dass die Abschaffung der Schulsozialarbeit tiefeschürfende Auswirkungen hat und sich einerseits in einer deutlichen Mehrbelastung der Lehrpersonen und Schulleitungen zeigt. Andererseits können - bedingt durch wesentlich mehr Anfragen und Unterstützung bei Problemen durch den Schulpsychologischen Dienst - kaum mehr sinnvolle Präventionsprojekte in den Klassen durchgeführt werden. Kurz gesagt: die Schule betreibt Schadensbegrenzung. Den Schülerinnen und Schülern fehlt die unkompliziert unterstützende, niederschwellige Anlaufstelle und sie fühlen sich mit ihren Problemen vermehrt allein gelassen. Dies sind nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf eine gute Schulhauskultur.

Bis heute musste nur vereinzelt und in extremen Situationen (Kriseninterventionen in den Klassen) externe Hilfe beansprucht werden, vor allem in dringlichen Fällen, da dem Schulpsychologischen Dienst die Ressourcen fehlten.

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

## Veloabstellplätze Bahnhof

Julia Neuenschwander (EVP) stellt die Frage:

Die Situation der Veloabstellplätze am Bahnhof ist prekär. Oft werden Velos gestohlen oder beschädigt. Wann und wie werden die lang diskutierten abschliessbaren Veloboxen am Bahnhof umgesetzt?

*Tiefbauvorstand Otto Müller* antwortet, dass im Laufe dieses Jahres (nach den Sommerferien) eine Hälfte im unteren Stockwerk des Velohauses mit einem Gitter und abschliessbaren Türen ausgerüstet werden soll, sodass Velos sicherer abgestellt werden können. Der entsprechende Schlüssel kann gemietet werden.

## Ordnungsbussen Gemüseladen

André Arnet (EVP) stellt die Frage:

Wie viele Ordnungsbussen wurden im Jahr 2009 und im ersten Quartal 2010 vor dem Gemüseladen an der Ecke Badener- Baumgartenstrasse ausgestellt?

*Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass die Ordnungsbussen nur nach Strassen ausgewertet werden können, nicht nach punktuellen Örtlichkeiten. Im Jahr 2009 mussten wegen Parkieren/Halten bei Bushaltestellen, Radstreifen, Trottoirs, Fussgängerstreifen und Kreuzungsbereiche an der Badenerstrasse (59), der Baumgartenstrasse (24) und der Feldstrasse (2) total 85 Ordnungsbussen ausgestellt werden.

Im 1. Quartal 2010 sind an der Badenerstrasse (7), der Baumgartenstrasse (4) und der Feldstrasse (3) total 14 Ordnungsbussen wegen Parkieren/Halten bei Bushaltestellen, Radstreifen, Trottoirs, Fussgängerstreifen und Kreuzungsbereiche ausgesprochen worden.

## Parkierte Lieferwagen

André Arnet (EVP) stellt die Frage:

Was wurde bis heute gegen parkierte Lieferwagen, welche teilweise nur mit einem Rad innerhalb des blauen Parkfeldes abgestellt sind und die Sicht erheblich behindern, unternommen?

*Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass Lieferwagen wie auch Personewagen innerhalb der markierten Parkfelder zu parkieren haben, wobei die Lieferwagen kategoriemässig den Personewagen gleichgestellt sind.

Wenn Fahrzeuge ausserhalb von markierten Feldern abgestellt sind, werden diese mittels Ordnungsbusse zur Anzeige gebracht. Dabei besteht für die Polizei eine gewisse Toleranz betreffend den Überhang des Fahrzeugteils, der ausserhalb des Parkfeldes steht.

Im Jahre 2009 wurden an der gesamten Bergstrasse insgesamt 45 Ordnungsbussen wegen Parkieren ausserhalb von Parkfelder ausgestellt.

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

## Taxifahrzeuge

Pius Meier (CVP) stellt die Frage:

Ist es dem Stadtrat bekannt, dass öfters einige der 34 zugelassenen Taxifahrzeuge neben der für sie reservierten Taxispur, die im Moment knappen öffentlichen Parkplätze zum Warten auf Kundschaft benutzen? Was hält der Stadtrat von dieser Praxis? Wurde schon mit den betroffenen Taxifahrern gesprochen?

*Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass es den Taxifahrzeugen gemäss Strassenverkehrsgesetz nicht verboten ist, auf öffentlichen Parkplätzen zu parkieren. Taxifahrzeuge, die auf öffentlichen Parkplätzen abgestellt sind, müssen jedoch die Parkuhr bedienen.

Gemäss Taxiverordnung dürfen Fahrgäste nur dann ausserhalb der bezeichneten Taxistandplätze aufgenommen werden, wenn die Taxifahrt nachweislich auf Bestellung erfolgt. Taxifahrer, welche sich nicht an die gesetzlichen Vorgaben halten, werden von der Stadtpolizei verzeigt.

## Fussball-WM

Pius Meier (CVP) stellt die Frage:

Beteiligt sich die Stadt an den Kosten für das Einrichten der Grossleinwand (für die Fussball-WM) in der Markthalle? Wie hoch ist der Beitrag? Wie rechtfertigt sich der vorgesehene Eintrittspreis? Wie viel geht davon an die Stadt, wie viel an die organisierenden Vereine?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass alle Spiele auf Grossleinwand übertragen werden. Dazu findet an gewissen Tagen ein Rahmenprogramm statt, z.B. Streetsoccer für Schulkinder. Organisator ist der Fussballclub Dietikon, unterstützt von der Vereinigung Zentrum Dietikon. Trotz freiwilliger Arbeitsleistung rechnet der FC Dietikon mit Ausgaben von rund Fr. 24'500. Die Stadt hat eine Defizitgarantie von maximal Fr. 10'000 in Aussicht gestellt. Diese wird erst beim Vorliegen des Budgets inkl. Sponsorengelder bestimmt. Von einem möglichen Gewinn geht 20 % (des Fr. 10'000 übersteigenden Betrages) an die Stadt. Wer Spiele auf Grossleinwand sehen will, muss einen Eintritt von Fr. 5 bezahlen, der bei einer Konsumation angerechnet wird. Das gilt nicht für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren bei Nachmittags- und Vorabendspielen. Der Konsumationsgutschein wurde auf Grund von Erfahrungen während der Euro 08 eingeführt, als viele Gäste die Getränke selber mitbrachten.

## Langsamverkehr

Chris Ilg (EVP) stellt die Frage:

In Dietikon wird in nächster Zeit viel gebaut (Belagsarbeiten Überlandstrasse, Kreisel Reservatstrasse usw.) Wie wird der Langsamverkehr (Velo und Fussgänger) signalisiert und wird deren Sicherheit genügen Beachtung geschenkt?

*Tiefbauvorstand Otto Müller* antwortet, dass es schwierig ist, diese Frage zu beantworten, weil der Baufortschritt von jeder einzelnen Baustelle abhängt. Die Sicherheit des Langsamverkehr bei den Baustellen ist ein wichtiges Anliegen. Die Sanierung und Belagsarbeiten werden vom kantonalen Tiefbauamt geplant. Der Langsamverkehr kann auf dem Trottoir verkehren. Nicht zu vermeiden sind Umwege für den Langsamverkehr und die Fussgänger.

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

## SBB-Tageskarten

Josef Wiederkehr (CVP) stellt die Frage:

Welcher Beliebtheit erfreuen sich die SBB-Tageskarten Gemeinde, welche bei der Stadt Dietikon bezogen werden können. Über welche Auslastung verfügen sie und inwieweit denkt der Stadtrat über eine allfällige Angebotsausweitung nach?

*Rolf Schaeren* antwortet, dass vier Flexicards zu rund 96 % ausgelastet sind. Die SBB planen Änderungen bei diesem Angebot. So sollen die Flexicard massiv teurer und das Zeitfenster pro Tag eingeschränkt werden. Bevor nicht geklärt ist, was konkret umgesetzt wird, werden keine zusätzlichen Flexicard angeschafft.

*Josef Wiederkehr* meint, dass die SBB das Angebot sogar ganz einstellen wollen. Die Stadt Dietikon soll sich dafür einsetzen, dass Flexicards weiterhin von den Gemeinden abgegeben werden können.

*Ratspräsident Werner Hogg* beendet an dieser Stelle die Fragestunde aus zeitlichen Gründen. Die restlichen 8 Fragen werden als kleine Anfragen schriftlich beantwortet.

### **A1./A. Behörden, Gremien**

#### **Ersatzwahl eines Mitglied des Wahlbüros**

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

*Rosmarie Joss*, Präsident der Interfraktionellen Konferenz, schlägt als neues Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 anstelle der zurückgetretenen Antonia Casanova vor:

Cornelia Graf, Max-Müller Strasse 3, 8953 Dietikon

Es erfolgen keine weiteren Vorschläge.

Der Ratsvorsitzende erklärt die Vorgeschlagene als gewählt.

### **B1.13. Bauordnung**

#### **Änderung der Bauordnung**

Einzelinitiative Stefan Stebler/Ernst Joss

*Ratspräsident Werner Hogg* erklärt, dass das Büro des Gemeinderates die Einzelinitiative an seiner Sitzung vom 16. März 2010 der GPK zur Vorberatung überwiesen hat. Die GPK beschloss ihrerseits an der Sitzung vom 27. April 2010, dass sie auf eine Beratung und Beschlussfassung verzichtet. Der Gemeinderat hat heute zu entscheiden, ob die Einzelinitiative dem Stadtrat zum Bericht und Antrag überwiesen wird. Dies ist der Fall, wenn sie von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Gemeinderates, also 12, vorläufig unterstützt wird.

**Diskussion:**

*Ernst Joss (AL)* erklärt, dass wir wissen, wie die Situation im Industriegebiet ist. Es gibt immer mehr Einkaufsgeschäfte und der Verkehr hat zugenommen, was zu unhaltbaren Situationen führt. Der Stadtrat hat reagiert und eine öffentliche Auflage der Planung vorgenommen. Die Einwendung von Ernst Joss in jenem Verfahren war, dass die Planung sistiert werden soll, bis andere Mitbeteiligte (SBB, Kanton usw.) ihre Aussagen gemacht haben. Es wurde ausserdem vorgeschlagen, weitere Verkaufsgeschäfte nicht mehr zu bewilligen. Ernst Joss und Stefan Stebler konnten damals keine Eingaben im Gemeinderat einbringen. Es geht bei der heutigen Beratung um die vorläufige Unterstützung des Anliegens. Der Stadtrat kann nichts unternehmen, solange die Initiative nicht überwiesen worden ist. Es geht erst um eine vorläufige Unterstützung, nicht bereits um den materiellen Inhalt.

Seit der öffentlichen Auflage der Planung hat sich der Kanton mit der Vorlage beschäftigt und festgestellt, dass gewisse Festlegungen nicht in der Kompetenz der Stadt Dietikon liegen. Die Planung kann - so wie sie aufgelegt worden ist - nicht durchgeführt werden. Der Stadtrat muss sie überarbeiten. Der Stadtrat will die Überarbeitung schon im Juni nochmals publizieren. Im Moment besteht eine Planungszone für das fragliche Gebiet, die 5 Jahre gültig ist, aber schon einmal verlängert worden war. Die Frist läuft im August 2010 ab. Bereits aufgrund der heutigen Rechtsgrundlage hätte man das Verteilzentrum von Coop nicht bewilligen dürfen. Mit der vorläufigen Unterstützung der Einzelinitiative kann der Stadtrat konkret Abklärungen treffen und einen Bericht erstatten. Die aktuelle Planung im Gebiet SLS muss gestoppt werden.

*Pius Meier (CVP)* erklärt, dass das Anliegen, keine neuen Verkaufsflächen im Gebiet SLS zuzulassen, nicht nachvollziehbar ist. Der Verkehr ist schon jetzt eine grosse Belastung und erträgt keine Zunahme mehr. Seit 2005 besteht die Planungszone und sie kann nicht mehr verlängert werden. Die nach der Vorprüfung überarbeitete Planungsvorlage erfüllt wesentliche Punkte der Initiative bereits. Andererseits könnten durch eine Festlegung, wie sie die Einzelinitiative wünscht, verschiedene Chancen und wirtschaftlicher Aufschwung verpasst werden. Die CVP meint, dass die Initiative nicht nötig und nicht sinnvoll ist. Sie soll daher nicht unterstützt werden.

*Peter Wettler (SP)* erklärt namens der SP-Fraktion, dass die Einzelinitiative für das Gebiet SLS unterstützt wird. Es besteht eine Verkehrsmisere. 2'000 - 2'500 Autos verkehren in diesem Gebiet. Es existieren viele Geschäfte, die Kundschaft anziehen. Solange das Gebiet nicht besser mit dem öV erschlossen ist, nimmt der Auto-Verkehr nicht ab. Auch das Personal kommt mit dem Auto zur Arbeit. Wenn der Stadtrat nicht weitere Einkaufsgeschäfte verhindert, fährt bald niemand mehr - auch der Bus 309 nicht. Damit wird die Situation letztlich auch für die Geschäfte selber sehr schwierig.

Es ist die Frage, ob der Stadtrat eine Vision hat für diese Gebiete. Der Stadtrat ist der Anwalt des Verkehrs. Es ist zu bezweifeln, ob die Rechnung des Stadtrates aufgeht, wenn es für die Kunden zu gefährlich wird, in die Geschäfte zu gelangen. Warum wurden LKW's von Coop und Prodega in Kauf genommen? Es sind täglich 185 Bewegungen hin und zurück. Privatautos verkehren jede Minute 4 in beide Richtungen. Die Initiative macht Sinn, mindestens bis man weiss, ob die Bahn-Station Silbern realisiert wird. Im besagten Gebiet werden weitere 4'000 und im Limmatfeld 1'500 Arbeitsplätze und 1'500 Einwohner erwartet, was erneut einen Verkehrszuwachs bedeutet. Die Lebensqualität und die Freude der Kunden wird so sicherlich beeinträchtigt. Wird die Initiative abgelehnt, kann man den Niedergang des Quartiers voraussehen.

Beim Einkaufszentrum Sihlcity stehen 850 Parkplätze zur Verfügung. Zwei Stunden parkieren kostet Fr. 3.50. Einen Stau gibt es selten. Rund 80 % der Konsumenten benützen den öV, der dort gut ausgebaut ist. Man sollte sich an Sihlcity messen. Der Stadtrat will weitere Detailhandelsgeschäfte zulassen, während er gleichzeitig den Gateway-Terminal erbittert bekämpft, der diese Geschäfte mit Waren bedient. Man sollte höchstensfalls Geschäfte zulassen, die keinen Mehrverkehr mit LKW's und PW's beinhalten.

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

*Samuel Spahn (Grüne)* erklärt, dass Verkaufsgeschäfte vermehrten Privatverkehr verursachen, wenn sie nicht durch den öffentlichen Verkehr erschlossen sind. Im Allgemeinen sind Verkaufsgeschäfte, wenn sie nicht zu einer Ladenkette gehören, nicht sehr attraktiv für eine Gemeinde. Die Absichten des Stadtrates werden durch die Initiative nicht verhindert, sondern eher unterstützt. Wir sind alle Konsumenten. Es fehlt uns nicht an Läden. Der Verkehr stört uns aber selbst dann, wenn man selber dazu beiträgt. Mit der vorläufigen Unterstützung vergibt man sich nichts, sondern kann im Gegenteil über die Angelegenheit noch vermehrt diskutieren. Die Grünen werden der Einzelinitiative die vorläufige Unterstützung gewähren.

*Roger Bachmann (SVP)* meint, dass die Verkehrsproblematik im Industriegebiet allen bekannt ist und es dringend eine Lösung des Problems braucht. Man macht es sich aber einfach, wenn man das alles dem Gewerbe zuschieben will. Das Gewerbe leistet innerhalb der Gemeinde eine wichtige Funktion. Deshalb sind die Stadt und die Politik aufgefordert, die Handels- und Gewerbefreiheit zu beachten. Die SVP unterstützt die Einzelinitiative nicht. Anzuführen wäre noch, dass eine Bahn-Station SLS nichts bringt.

*Ueli Bayer (FDP)* erklärt, dass der Stadtrat mit der Überarbeitung der Nutzungsplanung eine Planung in Gang setzte, die dem Anliegen von Ernst Joss entgegen kommt. Es gibt nicht nur Verkaufsgeschäfte, sondern auch andere Betriebe im Gebiet SLS. Der Stadtrat ist bereits an der Überarbeitung der ursprünglichen Vorlage, die im Sommer nochmals öffentlich aufgelegt wird. Man kann gespannt sein, welche neuen Ergebnisse präsentiert werden.

## **Abstimmung:**

Der Gemeinderat entscheidet mit 12 Stimmen:

Die Einzelinitiative von Ernst Joss und Stefan Stebler wird vorläufig unterstützt.

Rechtsmittel:

Eine Beschwerde gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen ab amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Stefan Stebler, Kronenplatz 7, 8953 Dietikon;
- Ernst Joss, Grabackerstr. 17, 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

## **V2.22.3. Station Glanzenberg**

### **Verlängerung der Gleisunterführung im Bahnhof Glanzenberg**

Bericht Postulat

Catherine Peer, Mitglied des Gemeinderates, und 15 Mitunterzeichnende haben am 5. Februar 2009 folgendes Postulat eingereicht:

*" Die Geleiseunterführung für Fussgänger am Bahnhof Glanzenberg reicht nur von der Zürcherstrasse bis zum Mittelperron. Im Hinblick auf die Überbauung Limmatblick und für die Nutzer der P+R-Anlage soll geprüft werden, ob die Unterführung bis zum Parkplatz auf der Limmatseite verlängert werden kann.*

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

*Der Stadtrat wird aufgefordert, rasch die Verlängerung der Geleiseunterführung zu prüfen und allenfalls dem Gemeinderat einen Kredit zu unterbreiten."*

## Mitunterzeichnende:

Patrick Knecht  
Esther Schasse  
Esther Tonini  
Lucas Neff  
Rosmarie Joss

René Stucki  
Peter M. Wettler  
Anton Kiwic  
Gabriele Olivieri  
Rolf Steiner

Pius Meier  
Max Wiederkehr  
René Bizzozero  
Josef Wiederkehr  
André Arnet

Der Gemeinderat hat das Postulat am 2. April 2009 an den Stadtrat überwiesen. Für die Beantwortung kommt Folgendes in Betracht:

## *Allgemeines*

Die Station Glanzenberg, welche im Jahre 2000 durch die SBB und die Gemeinden Dietikon, Schlieren, Urdorf und Unterengstringen realisiert wurde, basierte auf einem Vorprojekt, welches in insgesamt sechs Varianten ausgearbeitet wurde. Verschiedene Varianten beinhalteten neben einem zusätzlichen Perron auf der Nordseite eine Verlängerung der Personenunterführung als durchgehende Verbindung Richtung Limmat. Das entsprechende Vorprojekt sah nach der Unterquerung der restlichen Gleise eine anschliessende 10 % geneigte offene Rampe in Richtung P+R-Anlage vor. Die SBB, nachdem sie sich gegen ein zusätzliches Perron an der Nordseite und für die heutige Variante entschieden hatte, und insbesondere auch die Stadt Schlieren wollten sich damals nicht an den zusätzlichen Erschliessungskosten von Fr. 720'000.00 beteiligen. Heute muss für eine Verlängerung der Gleisunterführung mit grob geschätzten Kosten zwischen Fr. 800'000.00 und Fr. 1'000'000.00 gerechnet werden.

## *Finanzierung*

Die SBB hat keine grundsätzlichen Einwände gegen eine Verlängerung der Personenunterführung, und wäre bereit, die weiteren Projektierungsarbeiten zu begleiten. Eine finanzielle Beteiligung durch die SBB kann jedoch nicht in Aussicht gestellt werden.

Der Stadtrat Schlieren hat beschlossen, dass im Moment kein diesbezügliches Interesse besteht und somit auch keine Kostenbeteiligung gesprochen werden kann.

Der Gemeinderat Urdorf kann sich eine Kostenbeteiligung in Form eines Investitionsbeitrages vorstellen. Für eine abschliessende Beurteilung bedarf es hingegen einer Quantifizierung des Projektes mit konkreteren Informationen zu dessen Finanzierung.

Der Gemeinderat Unterengstringen kann sich einen Pauschalbetrag - ohne Präjudiz bei künftigen Investitionen - vorstellen, unter der Voraussetzung, dass sich daran auch die übrigen Partnergemeinden sowie die Siedlungsgenossenschaft Eigengrund beteiligen.

Die Siedlungsgenossenschaft Eigengrund wäre bereit, das Projekt mit einem Beitrag in der Höhe von Fr. 100'000.00 bis Fr. 120'000.00, höchstens aber mit einem Drittel des der Stadt Dietikon verbleibenden Betrages zu unterstützen.

3. Sitzung vom 20. Mai 2010

## Weiteres Vorgehen

Unter Annahme einer Beteiligung der Gemeinde Urdorf im damaligen Umfang von 16 % verbleiben für die Stadt Dietikon Restkosten zwischen Fr. 552'000.00 und Fr. 720'000.00. Im aktuellen Finanzplan sind für 2013 bzw. später gesamthaft Fr. 500'000.00 eingestellt. Eine Realisierung ist im Jahr 2013 vorgesehen.

## Diskussion:

*Catherine Peer (SP)* erklärt, dass sie die Antwort grundsätzlich gefreut hat. Die SBB hat erklärt, dass sie das Projekt begleiten will, es aber nicht finanziell unterstützen wird. Diese Haltung der Bahn ist sehr knauserig. Die gleiche Haltung ist leider auch bei den SBB Tageskarten festzustellen. Grundsätzlich sind es die Züge der SBB, also sollten auch sie für die Sicherheit besorgt sein. Natürlich ist es einfacher eine Tafel "Gleise überqueren verboten" aufzustellen. Die Antwort aus der Gemeinde Schlieren betreffend einer Beteiligung hat enttäuscht. Die Haltung ist kleinlich. Urdorf beteiligt sich immerhin unter gewissen Voraussetzungen. Gefreut hat hingegen die Haltung der Siedlungsgenossenschaft Eigengrund. Freude bereitet ebenfalls, dass die Stadt bereit ist, Fr. 500'000 für die Realisierung des Projektes auszugeben. Die Umsetzung des Vorhabens würde vermehrt dazu animieren, dass die Bahnreisenden P+ R benützen.

*Thomas Wirth (EVP)* stellt fest, dass man sich noch vor ein paar Jahren die Frage gestellt hat, ob der Bahnhof Glanzenberg überhaupt rentieren werde. Heute wird dies nicht mehr in Frage gestellt. Die EVP begrüsst das Anliegen, dass die Gleisunterführung verlängert werden soll und die Stadt das Projekt realisieren will. Bezüglich dem Sicherheitsaspekt ist darauf hinzuweisen, dass es praktisch täglich vorkommt, dass Leute das Gleis überschreiten. Die geplante Unterführung ist auch ein erster Schritt in Richtung Sicherheit und Kundenfreundlichkeit.

*Rochus Burtscher (SVP)* erklärt, dass es schlicht zuviel verlangt ist, dass ein solches Projekt für die Anwohner und P+R-Benutzer realisiert wird. Die künftigen Benutzer sind hauptsächlich keine Dietiker. Vielmehr wird die Anlage zu 95 % von Aargauern benützt. Es tönt gut, wenn die Siedlungsgenossenschaft Eigengrund einen Beitrag von Fr. 120'000 übernimmt. Dietikon muss aber dennoch den Hauptteil bezahlen. Schon beim Bau der Station Glanzenberg haben sich die Gemeinde Schlieren und die SBB gegen die Verlängerung der Unterführung gestellt. Die SBB wollen sich auch jetzt nicht finanziell beteiligen. Schlieren hat damals schon signalisiert und auch dieses mal wieder, dass kein Interesse besteht. Urdorf überlegt es sich, Unterengstringen könnte es sich vorstellen. Die finanzielle Hauptlast für eine Minute Fussmarsch muss Dietikon tragen. Man könnte einen Zaun bauen, um die Leute am Überqueren der Gleise zu hindern. Die SVP erwartet, dass man sich bei der Siedlungsgenossenschaft Eigengrund stark macht, dass diese sich mit 50 % beteiligt. Coop hat sich auch mit 50 % am Kreisell Silbern beteiligt.

*Pius Meier (CVP)* erklärt, dass jetzt nachgeholt werden soll, was seinerzeit bei der Erstellung nicht realisiert worden ist. Der Verlauf der Unterführung ist aber so abzuwinkeln, dass der Aufgang zusammen mit einer Rampe hin zum Parkplatz ausgeführt wird. Die Siedlungsgenossenschaft Eigengrund soll sich am Aufwand beteiligen. Mit einer Stahlkonstruktion könnte verhältnismässig einfach eine zweite Etage errichtet werden, sofern der Bedarf vorhanden ist. Trotz aller Freude über das Vorhaben hofft man, dass andere Projekte nicht auf die lange Bank geschoben werden.

*Lucas Neff (Grüne)* bedankt sich im Namen der Siedlungsgenossenschaft Eigengrund beim Stadtrat für die nicht erwartete positive Antwort. Es wird ein Zeichen gesetzt, dass künftige Bewohnerinnen und Bewohner an der Entwicklung der Stadt teilnehmen dürfen. Die Stadt wird angebunden an das Erholungsgebiet Limmat, welches nicht abgeschnitten wird durch Züge und Zäune. Als Limmattstadt sollte man Zugang zur Limmat haben. Die Siedlungsgenossenschaft Eigengrund ist übrigens überparteilich offen und zugänglich.

*Ratspräsident Werner Hogg* erklärt, dass der Inhalt des Postulats in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt. Damit gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

**U1.14. Luftverschmutzung, Rauchgaskontrollen**  
**S3.4.Stm. Steinmürlistrasse (788)**

**Emissionsmessungen**

Beantwortung Interpellation

André Arnet, Mitglied des Gemeinderates, und 5 Mitunterzeichnende haben am 29. Oktober 2009 folgende Interpellation eingereicht:

*"In den letzten Jahren hat der Verkehr an der Steinmürlistrasse stark zugenommen. Auch konnte mittels Zählungen von Anwohnern festgestellt werden, dass immer mehr LKWs die Steinmürlistrasse frequentieren. In der Nacht kommt noch dazu, dass einige Automobilisten die Steinmürlistrasse (wie übrigens auch andere Strassen in Dietikon) als beliebte Rennstrecke benutzen.*

*Ein Aufenthalt wegen des Lärms und Gestanks auf dem Balkon ist kaum mehr möglich, was vor allem im Sommer sehr ärgerlich ist. In der Nacht wird man bei offenem Fenster öfters durch rasende Mitmenschen geweckt.*

*In diesem Zusammenhang erlaube ich mir dem Stadtrat folgende Fragen zu stellen:*

- *Wurden an der Steinmürlistrasse die Abgaswerte jemals gemessen? Wenn ja mit welchem Ergebnis, wenn nein kann der Stadtrat dies veranlassen?*
- *Wurden an der Steinmürlistrasse die Lärmemissionen jemals gemessen? Wenn ja mit welchem Ergebnis, wenn nein kann der Stadtrat dies veranlassen?*
- *Wann wurde an der Steinmürlistrasse das letzte Mal eine Geschwindigkeitskontrolle in der Nacht durchgeführt? In welchen Abständen erfolgen diese Kontrollen und mit welchem Ergebnis?*
- *Ist bei der Sanierung der Brücke vorgesehen, dass künftig LKWs mit einem Gewicht von 40 Tonnen durchfahren können?"*

Mitunterzeichnende:

Josef Wiederkehr  
Martin Eugster

Pius Meier  
Cécile Mounoud

Gabriele Olivieri

Für die Beantwortung kommt Folgendes in Betracht:

Die Steinmürlistrasse ist eine kommunale Sammel- und Verbindungsstrasse, welche einen hohen Anteil an Durchgangsverkehr aufweist. Die Verkehrsbelastung lag beim Schulhaus Steinmürli (Fussgängerlichtsignal) im November 2008 bei rund 10'000 Fahrzeugen pro Tag.

Die im Jahr 2005 der Bevölkerung unterbreitete Vorlage "Tempo 30 Steinmürlistrasse" hat im Stimmvolk keine Mehrheit gefunden. Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zur Zentrumsentlastung Dietikon verlangt der Stadtrat, flankierende Massnahmen für eine wirksame Entlastung der Hasenbergstrasse umzusetzen, welche sich insbesondere während der Morgen- und der Abendspitze positiv auf die Belastungssituation der Steinmürlistrasse auswirkt.

## 3. Sitzung vom 20. Mai 2010

Im Rahmen der Beantwortung des Postulats "Belastung der Atemluft mit Schadstoffen", welche Luftschadstoffmessungen an drei verschiedenen Standorten in Dietikon während eines Jahres vorschlug, hat der Stadtrat am 10. Oktober 2005 – angesichts der Kosten in der Höhe von Fr. 147'000.00 pro Standort mit kontinuierlicher Messungen – beschlossen, vorläufig auf eigene Luftschadstoffmessungen zu verzichten. Solche werden vom AWEL und insbesondere von der Stadt Zürich seit Beginn der 80er-Jahre durchgeführt. Die seit 1983 erhobenen Messwerte an der Stampfenbachstrasse, welche eine durchschnittliche Belastung für das Stadtzentrum von Zürich repräsentieren, zeigen, dass mit den bisher eingeleiteten und umgesetzten lufthygienischen Massnahmen auf verschiedenen Stufen (Bund, Kanton, Gemeinden) eine deutliche Verringerung der Belastung erreicht wurde, dass aber der Immissionsgrenzwert der Luftreinhalteverordnung (wirkungsorientierter Schwellenwert) bei einigen Schadstoffen weiterhin nicht eingehalten werden kann. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine analoge Beurteilung auch für Dietikon zutrifft. Obwohl einzelne Schadstoffmessungen mit geringerem Aufwand als bei einer kontinuierlichen Messreihe durchzuführen wären und an der Steinmürlistrasse keine Abgasmessungen vorliegen, verzichtet der Stadtrat angesichts der beschränkten Aussagekraft von Einzelmessungen auf die Durchführung von Luftqualitätsmessungen.

Lärmemissionen wurden nie gemessen. Die Stadt Dietikon erarbeitete jedoch 1994 einen kommunalen Strassenlärmkataster. In diesem Zusammenhang wurden an verschiedenen Gebäuden der Steinmürlistrasse die Lärmimmissionen aufgrund von Verkehrszählungen ermittelt. Der Strassenlärmkataster ergibt, dass entlang der Steinmürlistrasse der Immissionsgrenzwert an den strassenseitigen, nächstliegenden Bauten zumeist überschritten ist. Der Stadtrat beabsichtigt, die Aktualisierung des Strassenlärmkatasters für einzelne stärker belastete Gemeindestrassen, insbesondere für die Steinmürlistrasse, in die neue Legislaturperiode aufzunehmen.

Vom 31. Januar bis 26. Februar 2008 wurden alle gefahrenen Geschwindigkeiten auf der Steinmürlistrasse erfasst. Die mittlere gemessene Geschwindigkeit lag bei 45 km/h, die höchste bei 98 km/h. Die durchschnittliche gemessene Geschwindigkeit in der Nacht lag bei knapp 50 km/h. Damit die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmenden massgebend beeinflusst wird, werden die präventiven Massnahmen und die Verkehrskontrollen auf die häufigsten Unfallursachen und Übertretungen der Strassenverkehrsregeln ausgerichtet. Aufgrund der Unfallzahlen und Regelverstösse liegt das Schwergewicht der Verkehrskontrollen im Bereich der Hauptverkehrszeiten. In den letzten zwei Jahren wurden an der Steinmürlistrasse 12 Geschwindigkeitskontrollen tagsüber durchgeführt. Bei 6'538 gemessenen Fahrzeugen wurden 227 Übertretungen festgestellt. Die letzte Kontrolle erfolgte am 5. Oktober 2009.

In Anbetracht des baulichen Zustandes musste aus Sicherheitsgründen die zulässige Verkehrslast der Reppischbrücke auf maximal 28 Tonnen beschränkt werden. Es ist vorgesehen, die neue Brücke auf Strassenlasten von 40 Tonnen zu dimensionieren.

### **Diskussion:**

*André Arnet (CVP)* erklärt, dass die Antwort des Stadtrates nur bedingt befriedigt. Verschiedene Aussagen (z.B. zur Luftqualität in Zürich usw.) waren nicht gefragt und sind eigentlich unerheblich. Der Antwort ist auch zu entnehmen, dass: eine kontinuierliche Messung zu teuer ist. André Arnet wollte vor allem wissen, wie viele Kontrollen während der Nacht durchgeführt worden sind. Es wird vor allem in dieser Zeit gerast. Man darf gespannt sein auf die Aktualisierung des Strassenlärmkatasters, wenn künftig 40-Tonnen-LKW's durch die Steinmürlistrasse fahren dürfen. Ausserdem benutzen vor allem Aargauer die Steinmürlistrasse.

*Rosmarie Joss (SP)* stellt fest, dass die Steinmürlistrasse tatsächlich stark belastet ist. Die Anwohner müssen viel ertragen. Es ist auch allgemein bekannt, dass diese Strasse vom Durchgangsverkehr

## 3. Sitzung vom 20. Mai 2010

benützt wird. Wichtig wäre, dass die Steinmürlistrasse entlastet wird. Bis jetzt konnte man das nicht erreichen - auch wegen der alt bekannten Problematik. Eine naheliegende Antwort auf die Problematik ist die Einführung von Tempo 30. Bei Tempo 30 können ausserdem möglichst viele Fahrzeuge die Strasse flüssig passieren. Man könnte also die Kapazität der Strasse sogar noch erhöhen, ohne die Anwohner mehr zu belasten. Der Souverän sollte zur Frage von Tempo 30 an der Steinmürlistrasse nochmals entscheiden können.

*Lucas Neff (Grüne)* erklärt, dass Tempo 30 tatsächlich wieder erwogen werden sollte. Viele Leute bereuen, dass sie damals Nein gesagt haben. Es wäre Zeit für eine neue Vorlage des Stadtrates. Im Bericht des Stadtrates widerspricht der letzte Satz "Es ist vorgesehen, die neue Brücke auf Strassenlasten von 40 Tonnen zu dimensionieren." den vorangegangenen Aussagen komplett. Eine neue Brücke auf 40 Tonnen auszulegen ist unsinnig.

*Rochus Burtscher (SVP)* stellt fest, dass die Steinmürlistrasse eine Schwerverkehrsachse ist, unter anderem wegen den EKZ. Eine Brücke zu bauen, die für 40-Tonnen-LKW's ausgelegt ist, ist deshalb logisch. Eine Tempo-30-Zone ist nicht sinnvoll oder sogar unnötig. Am Abend und am Morgen kann man die Steinmürlistrasse ohnehin nur im Schrittempo befahren. Ausserdem gibt es auch an der Schützenstrasse - trotz Tempo 30 - noch Raser.

**Schluss der Sitzung: 22.00 Uhr**

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

Werner Hogg  
Präsident

Daniel Müller  
Sekretär

Adrian Larcher  
Stimmzähler

Irene Wiederkehr  
Stimmzählerin

Stephan Wittwer  
Stimmzähler